



Deutsche Bank



Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 29. März 2008

118. Jahrgang Nr. 31.660

Best Debt House
in Argentina



Deutsche Bank



Bewegung im Agrarstreit

Bauernführer kündigen Aufhebung der Blockade an / Proteste nach Präsidentinnen-Rede

Buenos Aires (dpa/AT/RTA) - Sie bewegen sich doch. Nach 16-tägigem Streit haben Vertreter von Agrarverbänden am Freitagnachmittag die Aufhebung der Straßenblockaden bekanntgegeben. Kurz nach der Ankündigung rollten wieder die ersten Lebensmitteltransporte Richtung Buenos Aires. Der Entscheidung waren feierhafte Gespräche zwischen Landwirtschaftsvertretern und Regierung vorausgegangen. Präsidentin Cristina Kirchner hatte den Bauern am Donnerstag in einer Rede vor Bürgermeister und Regierungsvertretern Gesprächsbereitschaft angeboten. Als Voraussetzung für Verhandlungen nannte Kirchner allerdings eine Aufhebung der Straßensperren.

Die Präsidentin stand unter Druck. Nach einer ersten unversöhnlichen TV-Ansprache am Dienstagabend war es zu den größten regierungsfeindlichen Demonstrationen in Argentinien seit dem Sturz von Präsident Fernando de la Rúa gekommen. Zehntausende gingen gegen die Agrarpolitik von Präsidentin Kirchner auf die Straße. Wie vor Jahren kam es dabei

zu sogenannten Cacerolazos, bei denen die Demonstranten auf Kochtöpfe schlagen. Auslöser für die Demonstrationen war die harte Haltung Kirchners im Streit mit Landwirten, die sich mit Straßensperren gegen neue Steuern wehrten.

In Buenos Aires kam es auf der Plaza de Mayo vor dem Präsidentenpalast zu ersten Rangeleien zwischen Gegnern und Anhängern der Regierung. Justizminister Aníbal Fernández drohte mit dem Einsatz von Gewalt. „Wenn sie (die Bauern) die Straßen nicht freiräumen, werden wir ihnen Beine machen“, zitierte ihn die Zeitung „Clarín“ am Mittwoch. Wer Straßen blockiere, werde „hinter Gittern landen“.

Die peronistische Staatschefin hatte sich zuvor in dem seit zwei Wochen andauernden Streit mit den Bauernverbänden unnachgiebig gezeigt. „Ich lasse mich nicht erpressen“, warnte sie und sprach angesichts zahlreicher Straßensperren der als wohlhabend bezeichneten Bauern von „Blockaden des Überflusses“. Die argentinische Landwirtschaft hat in den vergangenen Jahren Dank der hohen Weltmarktpreise ihrer Erzeugnisse und wegen der unterbewerteten Landeswährung Peso so gut wie schon lange nicht mehr ver-



Klopfen gegen den Starrsinn - „Cacerolazo“ in Buenos Aires. (AP-Foto)

dient.

Von diesem Mehrwert versucht der Staat angesichts einer noch immer großen Armut große Teile abzuschöpfen und umzuverteilen. Zugleich sollen die immer höheren Exportsteuern die Waren auf den Inlandsmarkt umlenken und damit die stark anziehende Inflation abmildern. Auslöser des Streits waren neue progressive Exportsteuern, die desto höher werden, je höher der Weltmarktpreis für Soja klettert. Ab 600 Dollar je Tonne würde der Staat jede Erhöhung der Einnahmen fast vollständig abschöpfen. Derzeit liegt der Preis aber nur bei etwa 470 Dollar. Die überwiegend konservativ geprägte Bauernschaft und die ebenfalls eher konservative Mittel- und Oberschicht kritisiert dies jedoch als „Raub“.

Doch auch die Bauern blieben stur: Der Streik, der auf Versorgungsengpässe in den großen Städten hinausläuft, werde unbefristet fortgesetzt, betonten Sprecher. Die dadurch ausgelöste Knappheit und Verteuerung von Nahrungsmitteln hätte für die gefährlich werden können. In einem Land, in dem das tägliche Steak für viele Menschen

ein Muss ist, war kein Rindfleisch mehr in den Supermärkten zu finden. Die Leere in den Kühlregalen wurde stattdessen mit Wiener Würstchen und Schmelzkäse notdürftig kaschiert.

Am Donnerstag bewegte sich die Präsidentin erstmals. Sie bot den vier Agrarverbänden Sociedad Rural Argentina, Coninagro, Confederaciones Rurales Argentinas (CRA) und Federación Agraria, die den „Lockout“ ausgerufen hatten, den Dialog an. Die Bauern, denen der Lange Ausstand ebenfalls zu schaffen machte, nahmen das Angebot an. In einem Kommunikative „Der Dialog fordert Opfer“ wurde am Freitag schließlich die Aufhebung der Blockade bekanntgegeben. Man werde allerdings in „Alarmbereitschaft“ bleiben, kündigten die Verbände an.

Für einen Dialog hatten sich zuvor auch amtierende Gouverneure, Expräsident Eduardo Duhalde und andere Politiker eingesetzt. Dazu kamen auch die Bischöfe der katholischen Kirche und Zeitungen wie „La Nación“ aus, die von der Regierung als das Sprachrohr der Opposition gebrandmarkt wird.



Cristina Kirchner: „Nicht erpressen lassen.“ (AP-Foto)

Schnellere Strafjustiz

Kassationshof soll zweite Kammer bekommen

Buenos Aires (AT/RTA) - Nahezu tausend Offiziere und Unteroffiziere der Streit- und Sicherheitskräfte werden gegenwärtig wegen Menschenrechtsverbrechen vor Strafgerichten prozessiert, die laut Spruch des Obersten Gerichtshofes nicht verjähren, obwohl sie vor drei Jahrzehnten begangen wurden, weil sie anders als die Verbrechen der Terroristen (Montoneros, ERP und andere) vom argentinischen Staat organisiert worden waren. Die Terroristen genossen die Unterstützung anderer Staaten wie Kuba und die damalige Sowjetunion. Ihre Verbrechen sind inzwischen verjährt oder sie wurden begnadigt.

Die Strafprozesse werden im Kassationshof („Cámara de Casación“) abgewickelt, der überladen

ist, seit der Oberste Gerichtshof verfügt hat, dass dieser Hof nicht nur reine Rechtsentscheide treffen muss wie vorher, sondern sich auch mit der Überprüfung der Beweise befassen soll. Hunderte von Berufungen wegen Schutzrekursen oder Nichtigkeit verlängern den Gang der Strafprozesse.

Nun hat die Exekutive auf Geheiß der Präsidentin Cristina Kirchner fünf Gesetzesvorlagen im Kongress eingebracht, die die Prozesse wegen Menschenrechtsverbrechen beschleunigen sollen. Präsidialsekretär Carlos Zannini berichtete hierüber in einer Pressekonferenz. Die Exekutive hofft, dass die ihr hörigen Kammern des Kongresses die fünf Vorlagen binnen 40 Tagen verabschieden.

Um die 44 Justizflüchtlinge zu fangen, soll laut einem Projekt ein Fonds von 5 Millionen Pesos eingerichtet werden, mit dem Belohnungen für Informationen bezahlt werden sollen, die dazu führen, dass die Flüchtlinge gefasst und vor Gericht gebracht werden.

Ein zweiter Kassationshof nur für die Stadt Buenos Aires soll mit zehn Mitgliedern entstehen, die drei Säle mit je drei Richtern und einem Vorsitzenden des Hofes bilden. Der Richterrat („Consejo de la Magistratura“) soll die neuen Richter binnen 120 Tagen vorschlagen, damit sie die Exekutive ernannt. Der bisherige Kassationshof wird sich mit den jetzigen Fällen befassen, die ihn ohnedies überfordern.

Berufungen während mündlich-

cher Prozesse sollen künftig vor Ort von den Richtern zugelassen oder abgelehnt werden, damit die Prozesse nicht wie bisher unterbrochen werden. Allein im Fall ESMA wurden über 500 Berufungen vorgebracht. Von rund 200 Prozessen, die unterwegs sind, erreichten bisher nur 23 das mündliche Verfahren vor dem Kassationshof. Die Berufungen sollen keinesfalls wie bisher die Vorlage der Ermittlungen zum mündlichen Verfahren verhindern.

Entstehen freie Stellen in den Kassationshöfen, so sollen sie laut einem anderen Gesetzesprojekt umgehend durch andere Richter ersetzt werden, damit der Gang der Prozesse nicht wie bisher unterbrochen wird.

WOCHENÜBERSICHT

Auslandsguthaben heimgeschafft

Die Auslandsgelder der Provinz Santa Cruz für angenommene über 500 Millionen Dollar, mit Zinssenszinsen möglicherweise doppelt so viel, seien heimgeschafft worden, kündigte dieser Tage die Provinzregierung in einem Kommuniqué des Wirtschaftsministers Juan Manuel Campillo mit. Die Gelder seien von der schweizerischen Großbank Credit Suisse auf ein Konto der Banco de la Nación Argentina überwiesen worden. Seit Mai 2006 unterhielt die Banco de Santa Cruz, die dem mit Expräsident Kirchner befreundeten Unternehmer Enrique Eskenazi gehört, die Gelder auf einem Schweizer Konto in Zürich. Der Betrag des Depots in US-Dollar im Banco de la Nación Argentina wurde im Kommuniqué verschwiegen. Im Mai 2007 hatte der damalige Präsident und Exgouverneur von Santa Cruz, Néstor Kirchner, mitgeteilt, dass die Gelder bereits heimgeschafft worden waren, was sich inzwischen als nicht zutreffend herausstellte.

Schulkinder dürfen nicht durchfallen

In einem bemerkenswerten Urteil wies Richter Carlos Cuellar in Bariloche die Privatschule Woodville an, den 16-jährigen Sohn des Richters Héctor Leguizamón Ponal der Berufungskammer für Strafsachen im fünften Schuljahr provisorisch aufzunehmen. Die Schulleitung hatte den Jüngling

nicht versetzt, nachdem er bei drei Nachholprüfungen im vergangenen Februar durchgefallen war. Sein Vater beanstandete angebliche Formfehler bei den Prüfungen und leitete einen Schutzrekurs zugunsten seines Sohnes ein, der in wenigen Tagen zugesagt wurde. Die Schulleitung beurteilte die Prüfungen als korrekt, musste sich aber dem Urteil beugen und den Schüler bis auf Weiteres versetzen. Die 1961 gegründete Privatschule am Cerro Otto kostet Monatsgebühren von über 850 Pesos.

Stadtbeamte entlassen

Im Streit mit der Gewerkschaft der Stadtbeamten Suteba erwies sich Regierungschef Mauricio Macri als deutlicher Gewinner. Gleich zu Beginn seiner Amtsvereidigung kündigte Macri die Verträge von 2300 Vertragsangestellten, die abgelaufen und nicht erneuert worden waren. Dagegen legte die Gewerkschaft einen Schutzrekurs ein, den die Verwaltungsrichterin María Helena Liberatori zuließ. Nur ein Viertel der Angestellten meldete sich zur Arbeit, die anderen waren offensichtlich sogenannte „Noquis“, die nur am Zahltag erschienen, aber nicht arbeiteten. Die Berufungskammer für Verwaltungssachen widerrief das Urteil mit zwei Stimmen gegen eine, so dass alle Vertragsangestellten mit abgelaufenen Arbeitsverträgen entlassen wurden. Macri hatte auch das Sozialwerk der Gewerkschaft interveniert, um den Stadtbeamten freie Wahl der Sozialdienste zu ermöglichen und

die Verwaltung in Ordnung zu bringen.

Erfolgreiche Osterferien

Die Tourismusindustrie von Mar del Plata meldete, dass die fünftägigen Osterferien am vergangenen Wochenende ein voller Erfolg und ein Rekord gewesen waren. Bei meist strahlender Sonne, milden Temperaturen und ohne Winde erfreuten sich die Touristen, die 85 Prozent der Hotelkapazitäten besetzten, sofern sie nicht in Privatwohnungen unterkamen. Die traditionellen vier Osterfeiertage wurden durch den Tag der Erinnerung am 24. März ergänzt. Mehr als 200.000 Menschen erfreuten sich der Miniferien in der Stadt am Meer. Ähnliches wurde von anderen Badeorten an der atlantischen Küste berichtet. Der Automobilverkehr auf der Nationalstraße 2 war entsprechend belastet, zumal auch die Versammlungen der Landwirte und anderer Kundgebungen an der Landstraße den Verkehr störten.

Öffentliche Plätze ohne Gitter

Die skandalöse Vernachlässigung öffentlicher Plätze in der Stadt Buenos Aires hatte vor einigen Jahren die Stadtverwaltung bewogen, zum Schutz vor Vandalen die Plätze nachts mit einem Gitter zu schließen. Allabendlich wurden die Zugänge mit Schlössern geschlossen, damit sich niemand in den Plätzen aufhält oder gar dort schläft. Inzwischen verhindern Jugendliche oder Obdachlose die Schließung mehrerer Plätze bei Nacht. Jugendliche unterhalten sich dort, meist lauthals mit Musik, und Obdachlose richten ihre Schlafstätten unter den Bäumen ein. Stadtbeamte mit den Schlüsseln werden bedroht und fortgejagt. Das gilt längst für die Plätze Los Andes in Chacarita, Plaza Italia in Palermo, General Belgrano im gleichnamigen Viertel, 1. Mai in Balvanera, Vélez Sársfield in Floresta und Monseñor d'Andrea in Recoleta. Ohne eigene Stadtpolizei erklärt sich die Stadtverwaltung als hilflos, um dem Übel Abhilfe zu schaffen.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Auf Biegen oder Brechen

Niemals in der wechselreichen Geschichte Argentiniens hat ein Konflikt zwischen der Regierung und den Landwirten sich dermassen zugespitzt wie der „Lockout“, Spanisch genannt „paro“, der Landwirte mit illegalen Straßensperren und Kochtopfschlägen in den Städten. Seit ganzen 17 Tagen belastet der Konflikt die argentinische Gesellschaft mit ungeahnt schweren Schäden.

Die Landwirte selber, die auf die Landstraßen gehen und den Nahrungsmittel-Transport stören, erleiden Verluste, wenn sie ihre Kühe und Ochsen weiter mästen müssen, weil sie sie nicht verkaufen, oder wenn sie die Grobernte derzeit nicht einholen, geschweige denn veräußern. Die Verbraucher in Städten und Dörfern müssen zusehen, wie das Angebot von Nahrungsmitteln in den Läden abnimmt und die Preise steigen. Die Omnibusse können ihre Passagiere als Folge der Straßensperren nicht transportieren und stellen den Dienst ein. Exportverschiffungen werden storniert, was auch vorübergehend preistreibend auf die Getreidepreise in Chicago gewirkt hat. In den Städten, wo die Landwirte und das Publikum schlechthin gegen die Regierung mit Kochtopfschlägen protestierten, kam es zu Handgemengen und Verletzungen, glücklicherweise keine Tote.

Der Funke, der das Fass zur Explosion brachte, war der Beschluss des Wirtschaftsministers Martín Loustean am 11. März, durch den die Exportzölle, hierzulande „retenciones“ genannt, abermals fühlbar angehoben wurden. Statt wie bisher seit 1853, als sie in die Verfassung als Fiskaleinnahmen des Bundesstaates zusammen mit den Importzöllen verankert wurden, als einen festen Prozentsatz der Exportpreise, wurden die Exportzölle überraschenderweise variabel gestaltet. Sie stiegen zusammen mit den Exportpreisen, die die Regierung täglich mitteilt, so dass sie bei höheren Preisen nahezu den ganzen Gewinn abschöpfen. Die Landwirte können die Exportzölle nicht hinterziehen wie etwa die Mehrwert- oder die Gewinn- und die Vermögenssteuer, weil sie ihnen von den Exporteuren oder Aufkäufern beim Kaufpreis abgezogen werden.

Besagter Funke sprang wie ein Lauffeuer durch die gesamte Landwirtschaft, insbesondere in der sogenannten feuchten Pampa. Die Landwirte legten die variablen Exportsteuer als eine kalte Konfiskation aus und taten, was bisher nie geschehen war: sie riefen einen „Lockout“ aus, zuerst für wenige Tage und dann auf unbestimmte Zeit. Danach bildeten sich Gruppen von Landwirten an mehreren hundert Punkten der Landstraßen, die wie weiland die Piqueteros den Verkehr sperrten

und keine Lastwagen mit Nahrungsmitteln durchließen. Die Lastwagen wurden mit Stahlspeisen bedroht, die vor ihre Vorderräder gelegt wurden. Das ist genauso widerrechtlich wie alle früheren Straßensperren der sogenannten Piqueteros. Als Fluch der bösen Tat entpuppte sich die Einstellung der Regierung, die die Straßensperren der Piqueteros tatenlos zuließ, so dass sie ihre Hände selbst gebunden hatte, als die Landwirte auch illegale Blockaden verfügten. In einem Fall in Las Flores, Provinz Buenos Aires, schritt die Polizei ein und gab den Verkehr frei.

Vor diesem hochpolitischen Hintergrund war die Regierung gefordert. Präsidentin Cristina Kirchner meldete sich erst am Dienstag dieser Woche nach fünftägigem Urlaub in El Calafate zum Wort und sprach anfangs besonders aggressiv. Ihr Motto war: Wir werden nicht nachgeben, solange der „Lockout“ besteht. Daraufhin verschärfte die Landwirte ihre Blockaden. Danach sprach Frau Kirchner nochmals am Donnerstag vor versammelten Bürgermeistern und der gesamten Regierungsmannschaft, einschließlich Piqueteros wie die gewalttätigen Luis D'Elia und Emilio Pérsico, in Parque Norte und änderte in der letzten Minute den gleichen Ton ihrer Rede mit der Bitte, dass die Landwirte den „Lockout“ aufheben und einen Dialog beginnen, wofür sie sich verpflichtete, ihnen die Türen des Regierungsgebäudes zur Verhandlung zu öffnen. Allerdings bestand sie mit allerlei an den Haaren herbeigezogenen Argumenten auf den variablen Exportzöllen, die die Terminmärkte zerstören und bei steigenden Weltmarktpreisen konfiskatorisch wirken.

Während die Öffentlichkeit gespannt auf ein Ende dieses Konflikts wartet, verschwinden Nahrungsmittel wie Fleisch, Milchwaren und andere aus den Regalen der Geschäfte, während die lauernde Inflation aufflackert. Ohne einen Dialog bei Bereitschaft beider Verhandlungspartner auf Konzessionen blühen im nahrungsreichen Argentinien Hunger und Elend. Nicht auszudenken.

Randglossen

Amateurrennfahrer, die den Verkehr in den Städten verunsichern, müssen bisher nur Geldbußen fürchten, sofern sie nicht unschuldige Passanten oder andere Autofahrer verletzen oder töten. Künftig werden nach einem dieser Tage verabschiedeten Gesetz solche illegale Rennfahrten, hierzulande „picadas“ genannt, mit Bußen, Haft von sechs Monaten bis drei Jahren und Führerscheinentzug bestraft werden. Statt Ordnungswidrigkeit werden diese Rennfahrten in den Städten wie gewöhnliche Verbrechen des Strafgesetzbuches geahndet werden, die in den letzten Jahren mehrere Tote als Opfer gefordert hatten. Schnelligkeitssüchtige Autofahrer können sich, sofern sie zugelassen werden, auf Rennpisten austoben. In Städten ist für sie das Pflaster inzwischen zu heiß.

Ein anderes Gesetz, das der Kongress ebenfalls dieser Tage erließ, soll dazu beitragen, dass die landesweit besonders hohe Zahl der Verkehrsunfälle auf Landstraßen fühlbar abnimmt. Hierfür soll eine neu zu schaffende Verkehrsagentur die Ausgabe von Fahrlicenzen sozusagen nationalisieren, indem die Gemeinden ersetzt werden, die sie bisher erteilen. Ein Punktesystem soll dann dafür sorgen, dass Verkehrssünder mit Punkten bestraft werden, abgesehen von den landesüblichen Geldstrafen, damit ihnen die Lizenzen entzogen werden, wenn sie eine bestimmte Anzahl Punkte erreicht haben. All das wird mit einer einprozentigen Steuer auf Versicherungspolice von Fahrzeugen finanziert werden. Ob die neue Bürokratie gegebenenfalls erreicht, dass Autofahrer vorsichtiger mit ihren Vehikeln umgehen und Unfälle vermeiden, bleibt indessen abzuwarten. Argentinier verhalten sich bekanntlich gerne als Individualisten, die alles besser wissen und unvorsichtig handeln.

Schmuggler-Diplomaten

Buenos Aires (AT/RTA) - Der im vergangenen Januar von Außenminister Jorge Taiana aufgedeckte Autoschmuggel in Diplomatengereisen verdrückt sich inzwischen zu allerlei anderen Schmuggelgütern hinter dem legalen Siegel zugelassener Freigrenzen für den zollfreien Import von Gebrauchsartikeln. In Argentinien akkreditierte Auslandsdiplomaten dürfen Kraftfahrzeuge und Gebrauchsartikel, darunter allerlei Alkoholika, zollfrei einführen, wofür sie ausdrücklich vom Außenamt ermächtigt werden müssen.

Eine interne Untersuchung der bolivianischen Botschaft in Buenos Aires brachte erstaunliche Ergebnisse zu Tage. Mehrere Diplomaten, die namentlich genannt werden, durften bis zu sieben Fahrzeuge zollfrei einführen, obwohl sie nur wenige Jahre hier akkreditiert waren. Dabei ging es um Ausgaben von über 100.000 Dollar je Diplomat. Offensichtlich wurden die Objekte nach der Nationalisierung in Argentinien am Markt mit happigem Gewinn veräußert, den besagte Diplomaten in die eigenen Taschen steckten.

Gleiches geschah, ebenfalls mit Nennung der Namen, mit allerlei Alkoholika, Zigaretten, Fernsehern und Computern, ebenfalls im Wert von je deutlich über 100.000 Dollar. Diplomaten besitzen nur ausnahmsweise eigenes Vermögen und können beim besten Willen die Alkoholika und andere Waren während ihres Aufenthaltes nicht verbrauchen, so dass sich ebenfalls der Verdacht aufdrängt, dass sie die zollfreien Waren am Platz mit Gewinn verkauft haben. Die Justiz ermittelt inzwischen, ob dabei die Formalitäten im Außenamt nicht eingehalten wurden, die für zollfreie Diplomateneinfuhren begrenzte Werte vorschreibt.

TABELLEN

Fußball

Torneo Clausura, Argentinien

7. Spieltag: Arsenal - S. Lorenzo 0:1, Tigre - Gimnasia J 2:0, Central - Banfield 2:1, Argentinos - Olimpo 1:0, Racing - Estudiantes 1:2, Vélez - River 0:2, Boca - Colón 2:1, S. Martín - Independiente 2:0, Gimnasia - Huracán 0:0, Lanús - Newell's 1:1

Tabelle: 1. Boca 15, 11:3; 2. River 15, 9:2; 3. Estudiantes 13, 13:8; 4. Vélez 13, 10:5; 5. Tigre 13, 13:11; 6. Central 12, 9:6; 7. Newell's 11, 10:8; 8. Independiente 10, 10:8; 9. S. Martín 10, 10:9; 10. Huracán 10, 5:5; 11. Arsenal 10, 10:12; 12. Argentinos 10, 5:9; 13. San Lorenzo 9, 5:6; 14. Lanús 7, 9:11; 15. Banfield 7, 14:14; 16. Gimnasia 5, 5:9; 17. Colón 4, 9:14; 18. Olimpo 4, 5:12; 19. Racing 3, 2:6; 20. Gimnasia J 3, 3:9

Fußballkrimi

Buenos Aires (AT/das) – Begeisterung in der Bombonera. Trotz Unterzahl und zweimaligem Rückstand ließen sich die Boca Juniors im Copa Libertadores nicht unterkriegen. Nach der 0:2-Schlappe in Santiago de Chile besiegte man Colo Colo am Mittwoch mit 4:3.

Ohne Juan Román Riquelme, der den Blau-Gelben wegen einer Leistungsverletzung voraussichtlich vier Wochen fehlen wird, startete Boca stark in die Partie. Doch das Übergewicht war von kurzer Dauer. Nachdem sich das Team eine Reihe von Chancen erspielt hatte, machte Jungverteidiger Luciano Monzon alle Bemühungen vorerst zunichte, als er Rot sah.

Wie beflügelt von der Überzahl war Colo Colo zur Stelle. Gustavo Biscayzacu (25.) aus Uruguay brachte die Chilenen mit 1:0 in Führung. Doch es blieb turbulent: Nur eine Minute später verschoss Bocas Martín Palermo einen Elfmeter, konnte seinen Aussetzer aber schon weitere drei Spielminuten später egalalisieren, als er einen Abpraller per Flugkopfball zum Ausgleich verwertete.

In der 42. Minute wurde es dann abermals still in der 'Pralinenschachtel'. Wieder war es Biscayzacu der Colo Colo in Führung brachte. Doch die Juniors blieben im Spiel. Nach der Pause steigerte das Team von Trainer Carlos Ischia sich abermals und wurde mit dem 2:2-Ausgleich durch Leandro Gracian belohnt. In der 65. Minute, ging der Titelverteidiger durch den überragenden Rodrigo Palacio erstmals in Front, Neri Cardozo steuerte den Treffer zum 4:2 bei.

In der Nachspielzeit gelang Colo Colos Rodolfo Moya noch der 3:4-Anschlusstreffer, der den Schlusspunkt eines Spiels bedeutete, an das man sich am Riachuelo noch lange erinnern wird.

AUSFLÜGE UND REISEN

Die unterirdische Stadt



U-Bahnschacht.

Abgesehen einmal von den unzähligen Schächten, die nahezu tagtäglich bei uns wie anderswo

von Ganoven gebuddelt werden, um aus Gefängnissen aus- und in Banken bzw. Juwelierläden einzubrechen, gibt es in Buenos Aires zahlreiche weitere Tunnel außer denen der Manzana de las Luces.

Dabei sind die Tunnel der U-Bahnen praktisch sämtlichen Einwohnern hinlänglich bekannt. Es war einmal das erste Untergrundbahnnetz Südamerikas und eines der vorbildlichsten Verkehrsmittel seines Typs weltweit, ist aber sehr klein geblieben. Heute dehnt es sich über knapp 42 Kilometer mit 69 Bahnhöfen aus. Immerhin kann der interessierte Laie beim Durch-

fahren der Schächte erkennen, wie die noch vor dem 1. Weltkrieg gebaute Linie A grabenförmig ausgeschachtet wurde, wie man dann bei der Linie B schon weitgehend tief unter der Erde gegraben hat, wie schließlich bei den Strecken C, D und E beim Bau gemischt vorgegangen wurde und heute überwiegend moderne Verfahren angewendet wurden bzw. werden.

Die Rede soll aber hier nicht von den industriell genutzten Bauten sein, sondern von den alten Tunneln aus dem 19. Jahrhundert.

So wurden Gänge unter dem Cabildo entdeckt, die vermutlich von der Manzana de las Luces kommen, sodann an der Plaza Lorea gegenüber dem Kongressgebäude, im neuropsychiatrischen Hospiz Braulio Moyano, unter und neben dem ehemaligen Fort und der heutigen Casa Rosada (Aduana de Taylor), unter dem Colegio Otto Krause und sogar im Parque Avellaneda unweit Flores, in der Chacra de los Remedios.

Einige Anlagen sind und waren keineswegs geheim, wie etwa die gewaltigen Ziegelgewölbe der Aduana de Taylor, wo heute das Museo de la Casa de Gobierno funktioniert. Auch im Tango-Lokal Michelangelo an der Balcarce 433 fast Ecke Avenida Belgrano, wo einstmal das Zollamt funktionierte, sind riesige Gewölbe zu sehen, die früher als Depots dienten, aber ebenerdig sind. Schließlich sollten noch die unterirdischen Korridore der Santa Felicitas-Kirche in Barracas (Pinzón 1580) Erwähnung finden.

Mit wenigen Ausnahmen ist man auf Vermutungen angewiesen, welchem Zweck diese Konstruktionen dienten.

Besonders interessant ist das Lokal Zanjón de Granados in San Telmo, Defensa 755, dessen Besitzer vor etwa 20 Jahren bei den Umbauten unterirdische Gänge und Gemäuer entdeckte, die alle sorgfältig restauriert wurden und heute besichtigt werden können. Hier floss in unmittelbarer Nähe der Zanjón de Granados oder Tercero del Sur, ein Bach, der bei Regen zu einem reißenden Wildwasser anschwellen konnte, heute aber unter de Calle Chile kanalisiert ist.

Übrigens stellen die zahlreichen Bäche und Flüsse, die das Stadtgebiet von Buenos Aires durchqueren, ein Kapitel für sich dar. Denn hier wickelt sich das Leben der Beachcombers ab, die diese Kanäle zu ihrem Heim und Arbeitsplatz gemacht haben, wo sie nach verlorenen Schätzen und allerlei Nützlichem stochern und schürfen. Der bedeutendste unterirdische Fluss ist

der Arroyo Maldonado, der erst in den 30er Jahren kanalisiert wurde und zur heutigen Avenida Juan B. Justo mutierte.

Es gibt sogar einen Tunnel unter einem Tunnel: Während die U-Bahnlinie A direkt unter der Fahrbahn der Avenida de Mayo und der Avenida Rivadavia verläuft, existiert direkt darunter ein weiterer Eisenbahntunnel, der von Plaza Once bis Puerto Madero führt und wo neben Güterzügen auch ein Triebwagen für Passagiere verkehrt.

Bei all dem gehören die Geschichten um die illegale Nutzung solcher Tunnel mitnichten in das Reich der Legende oder der Vergangenheit, sondern können auch aktuelle Realität sein.

Mai 1938 führte Francisco Terone von Obras Sanitarias de la Nación (OSN) mit einem Schlauchboot eine Inspektionsfahrt durch den Arroyo Vega (heute Straße Blanco Encalada in Belgrano), dessen Kanalisierung damals gerade abgeschlossen war. Er fuhr vom Río de la Plata in den Kanal hinein und entdeckte nach etwa 500 Metern in einer Seitenwand eine hermetisch verschraubte Eisentüre.

Die Polizei wurde benachrichtigt und begab sich zu der Stelle, die oberirdisch des Deckels lag, heute etwa Monroe Ecke Húsares. Man fand dort zwei Wellblechbuden, unbewohnt, und im Boden einen schweren horizontalen Deckel aus Zement. Als man diesen lüftete erkannte man, dass man von hier aus durch besagte Eisentüre in den Kanal Vega gelangen konnte.

Die Bewohner der Hütten waren ausgeflogen, man konnte sie nie dingfest machen. Doch es war klar, dass Profischmuggler hier Konterbande, die sie per Boot aus Uruguay, vermutlich über längere Zeit hinweg, heranschafften, ausluden und dann oberirdisch weiter verfrachteten.

Marlú

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

PERSONALNACHRICHTEN

Hochzeiten

Cynthia Hentschel und Leandro Ripari, am 27.3..

Todesfälle

Korvettenkapitän a.D. Friedrich Wilhelm Rasenack, 94, am 23.3.

Enrique Mengel, am 24.3.a

Flyer
Lufthansa
City Center
 (Zona Norte)
 Leg. 213 Res.0447
 Av. Fondo de la Legua 425
 (B1609JEE) San Isidro
 Tel.: (54 11) 4512-8100
 E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Kolloquium über die Integration der deutschen Minderheit in Argentinien, 1900-1933

An der philosophischen Fakultät der UBA fand am 25. und 26. März ein interdisziplinäres Kolloquium, einberufen von Frau Regula Rohland de Langbehn, zur Integration der deutschen Minderheit in Argentinien vor 1933 statt. Es wurden vierzehn Arbeiten verlesen und diskutiert, deren Themen vom Deutschen Volksbund, die linguistische Entwicklung der Russlanddeutschen im Süden von Buenos Aires, über den Deutschen Wissenschaftlichen Verein und Schulfragen der Vornazizeit, sowie die Behandlung einiger herausragender Gestalten bei der Kulturvermittlung - Wilhelm Keiper (Vortrag Lila Bujaldón de Esteves, Mendoza) und Robert Lehmann-Nitsche (Vortrag Sandra Carreras, Iberoamerikanisches Institut, Berlin) - bis zum Einfluss von Nietzsches Philosophie auf argentinische Schriftsteller (Oscar Caeiro, Córdoba) und zu überlebenden Architekturmonumenten von deutschen und in Deutschland ausgebildeten Architekten (Alicia Segal, Buenos Aires) ein breites Spektrum der Geschichte Argentiniens aus dem Blickwinkel der Integration aufrollten.

Die Diskussionen während des Kolloquiums waren reichhaltig, der besondere Wert der Veranstaltung lag zweifellos auf der Ebene der Kontakte, die unter den beteiligten Wissenschaftlern geknüpft wurden. Zwei Schlussvorträge in größerem Rahmen sollten darauf aufmerksam machen, dass die Forschung der in dem Kolloquium behandelten Zeit bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet hat, vor allem aber darauf, dass die Dokumente und Monumente aus jenen Jahren dringend konservatorischer Maßnahmen bedürften, wenn der Anteil der deutschen Immigration in Argentinien nicht völlig in Vergessenheit geraten soll.

Was freilich unzerstörbar ist - darauf wiesen der Vortrag Caeiros und die Schlussvorträge hin -, ist der Anstoß, den deutsche Denker, aber auch deutsche Kulturströmungen wie der Expressionismus, weltweit gegeben haben (Vortrag von Jerónimo Granados, ISEDET, Buenos Aires), und der wirkliche Anteil deutscher Siedler, Züchter, Industrieller, Kaufleute und Intellektueller am Werden Argentiniens als Staat und Gesellschaft, und an dem komplexen Gebilde, das die argentinische Identität ausmacht (Roberto Ferrari Etcheberry, Universidad de Tres de Febrero).

Die Veranstaltung fand in einem der deutschen Gemeinschaft offenbar unbekanntem Rahmen statt: Wie die Vortragenden - nur drei davon Deutsche - war auch das Publikum der Schlussvorträge nicht aus diesen Kreisen. Die Frage nach dem Selbstverständnis der Gruppe, die noch heute ihre deutschen Wurzeln pflegt, scheint nicht mit dem geschichtlichen Werden ihrer Vorgänger vor Ort zusammenzuhängen: Was vor hundert Jahren hier deutsch war, ist wieder fort oder ist aufgegangen im argentinischen Schmelztiegel.

Auch die neuen Bücher der Botschaft und der Deutschen Handelskammer enthalten erstaunlich wenige Namen und Fakten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - das Kolloquium diene so vor allem der Belebung des historischen Bewusstseins, das ja tatsächlich die argentinische Gesellschaft betrifft und nicht so sehr die Deutschen als Deutsche. Umso verdienstvoller waren die Schlussworte des deutschen Botschafters Dr. Rolf Schumacher, dessen Interesse an dem Kolloquium dieses in die jetzigen Beziehungen zwischen den Ländern aufnimmt.

Maler mit Nazivergangenheit

Buenos Aires (AT) - Die Stadtverwaltung von Bariloche hat nach Bürgerprotesten eine Hommageausstellung des belgischen Malers Antoine Gustav Albert "Toon" Maes (1911-1986) geschlossen, die mit der Unterstützung des städtischen Kultursekretariats im angeschlossenen Centro Cívico lief. Das berichtete die Tageszeitung "Clarín" am Mittwoch. Maes hatte in den Jahren 1940-44/45 mit den Nazi-Invasoren in Belgien kollaboriert, floh nach der Befreiung durch die Alliierten erst nach Deutschland und kam 1950 nach Argentinien. 1952 ließ er sich als Kunstlehrer in Bariloche nieder. Seine Vergangenheit wurde erst nach seinem Tod durch die Veröffentlichung von Esteban Buchs "El pintor de la Suiza argentina" (Der Maler der argentinischen Schweiz, 1991) aufgedeckt.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,17. Die Rofex Terminkurse betragen zum 31.3. \$ 3,164, 30.4. \$ 3,169, 1.6. \$ 3,174, 30.6. \$ 3,179, 31.7. \$ 3,189, 1.9. \$ 3,203, 30.9. 3,212, 31.10. \$ 3, 230, 1.12. \$ 3,248, 2.1. \$ 3,264, 2.2. \$ 3,280 und 2.3. 3,300.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 3,5% auf 2.083,86, der Burcapindex um 4% auf 7.675,09 und **der Börsenindex um 3,5% auf 117.092,56.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) blieb in der Berichtswoche unverändert \$ 2,548.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen am 14.3.08 US\$ 50,07 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 72,01 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 49,71 Mrd. bzw. \$ 72,87 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 48,34 Mrd. bzw. \$ 70,97 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 35,70 Mrd. bzw. \$ 58,17 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 14.3.08 1160,25%.

Die Firma Inflex Argentoil, die Zylinder für Pressgas erzeugt, hat eine Investition von \$ 8 Mio. in Angriff genommen, von der etwa die Hälfte schon ausgegeben wurde, um die Fabriken in Córdoba und San Luis zu modernisieren und zu erweitern, und den Export wesentlich zu erhöhen. Die Firma hat eine Kapazität von 500.000 Zylindern pro Jahr und exportiert 75% ihrer Produktion nach 40 Ländern.

Die Ausgabe von Kredit- und Scheckkarten ist 07 gemäss einer Berechnung der Consulting-Firma Finsoport um 30% gestiegen. Bei den Emittenten lag Banco Macro mit 700.000 an erster Stelle, gefolgt von HSBC mit 400.000, Santander Rio mit 380.000, BBVA Francés mit 200.000, Galicia und Saenz mit je 180.000. Dies deutet auf eine ständige Zunahme des Zahlungsverkehrs über Banken hin, und schafft Depositen.

Die Firma Electroingeniería, die sich vornehmlich mit der Montage von elektrischen Anlagen u.dgl. befasst, hat das Strassenbauunternehmen Vialco gekauft, das auch Überlandstrassen in Konzession betreibt: die Strasse 11 (entlang der Atlantikküste in der Provinz Buenos Aires), die Strasse 9 (nach Rosario und Córdoba), zusammen mit Decavial, die Autobahn Rosario-Armstrong und Teile der Strassen 188 und 19. Electroingeniería wird unter den Unternehmen eingestuft, die enge Beziehungen zur Regierung haben. Einer der

Partner, Gerardo Ferreira, gab in der Zeitung „La Nación“ zu, dass er den Präsidialsekretär (und Vertrauensmann der Kirchners) Carlos Zannini im Gefängnis gekannt habe, als sie beide als Terroristen (Montoneros oder ERP) oder deren Gehilfen von der Militärregierung verhaftet worden waren.

Der Deputierte Claudio Lozano, der Präsident des Verbandes zur Verteidigung der Konsumenten, Pedro Buseti, und die Präsidentin des Zentrums zur Erziehung der Konsumenten, Susana Andrada, haben eine gemeinsame Anzeige bei der Anwaltschaft zur Untersuchung von Unregelmäßigkeiten in der öffentlichen Verwaltung („Fiscalía Nacional de Investigaciones Administrativas“) eingereicht, die sich auf das Projekt des Hochgeschwindigkeitszuges von Buenos Aires nach Rosario und Córdoba bezieht. Eventuell wollen sie auch eine Klage vor Gericht einreichen. Das Gesetz über öffentliche Investitionen vom Jahr 1994 bestimmt, dass ein Projekt wie dieses mit einem Gutachten der Nationaldirektion für Investitionen des Wirtschaftsministeriums zählen muss. Dieses Gutachten wurde weder gefordert, noch ausgestellt. Auf diesen Umstand gründet sich die Anzeige. Fachbeamte des Wirtschaftsministeriums weisen darauf hin, dass nicht möglich ist, die Zweckmäßigkeit und Priorität des Projektes zu bestimmen. Private Wirtschaftler weisen darauf hin, dass dieser Zug um kostendeckend zu sein, 8 Mio. Passagiere pro Jahr erfordert, wobei gegenwärtig nur 4,5 Mio. mit der Eisenbahn, dem Omnibus und dem Flugzeug auf dieser Strecke reisen. Dieser Eisenbahnbetrieb wird stark defizitär sein.

Die Firma Delotte Corporate Finance berichtet, dass die gesamten Kredite an den Privatsektor im Februar um 1,4%, gleich \$ 1,47 Mrd., auf \$ 119,23 Mrd. gestiegen sind. Verglichen mit Februar 06 betrug die Zunahme 41,6%, also mindestens 10 Punkte mehr als die Zunahme des BIP zu laufenden Werten. Im interanuellen Vergleich ergibt sich eine Zunahme der Kredite an Personen (Konsumkredite) um 60%, während die Pfandkredite um 56,3% stiegen.

Argentinien hat wieder Handelsbesprechungen mit Brasilien aufgenommen. Sie werden von Aussenminister Taiana, den Provinzgouverneuren von Buenos Aires, D. Scioli, und von Chubut, M. Das Neves, dem Vorstand des Argentinischen Industrieverbandes UIA und über 100 Unternehmern kleiner und mittelständischer Betriebe ganz Argentiniens, mit ihrem zuständigen Unterstaatssekretär Calcano, geführt. Vom Unterstaatssekretariat für Aussenhandel des Aussenministeriums unter L. Kreck organisiert, besucht die Mission Sao Paulo und

Die Auslandsguthaben von Santa Cruz

Am Mittwoch gab die Regierung der Provinz Santa Cruz bekannt, dass die Fonds, die die Provinz im Ausland hat, auf einem (Auslands)konto der Banco Nación deponiert worden seien. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Gelder zurückgekommen sind. Vorher waren sie einem Treuhandfonds einverleibt worden, der von der Banco de Santa Cruz verwaltet wurde, die seinerzeit privatisiert wurde und heute dem Kirchner-Freund Enrique Eskenazi gehört. Das Geld war konkret bei der Credit Suisse deponiert. Néstor Kirchner hat sich im Laufe der letzten Jahre mehrmals auf diese Fonds bezogen, jedoch dabei nicht die Wahrheit gesagt. Zunächst wies er darauf hin, dass er als Gouverneur diese Fonds im Ausland angelegt habe, weil er kein Vertrauen in die damalige Regierung (Menem) gehabt habe. Aber in seine eigene offensichtlich auch nicht. Dann erklärte er, dass diese Fonds bei der Federal Reserve der USA deponiert seien, die keine Depositen aufnimmt. Danach sagte er, die Fonds seien zurückge-

kommen, was auch nicht stimmte. Und jetzt kommt das Geld auch nicht zurück, sondern wird nur bei der Banco Nación im Ausland deponiert. Vernünftigerweise sollte das Geld entweder in argentinischen Staatspapieren angelegt oder in Infrastrukturprojekten in der Provinz Santa Cruz investiert werden.

Im April 1993 hat der Nationalstaat auf das Konto der Provinz Santa Cruz den Betrag von u\$ 654 Mio. bei der Wertpapierkasse der Börse von Buenos Aires deponiert. Es handelte sich um Gebühren, die YPF der Provinz schuldet, plus Zinsen. Kirchner leitete damals die 10 Erdölprovinzen, und stellte bei der Privatisierung von YPF die Bedingung, dass vorher diese Gebühren gezahlt würden, was dann auch geschah. Auf Anraten des damaligen Wirtschaftsministers D. Cavallo legte Kirchner damals von diesem Betrag u\$ 290 Mio. in YPF-Aktien an, die er zu u\$ 19 pro Aktie erwarb. Sechs Jahre später verkaufte er die Aktien zu u\$ 44,76 pro Aktie an die spanische Repsol,

was einen Betrag von u\$ 660 Mio. ergibt. Wenn man somit die Gesamtrechnung macht, so gelangt man auf einen Betrag von u\$ 1.024 Mio. Wenn man jetzt noch Zinsen von angenommen 3% kumulativ pro Jahr hinzuzählt (von 1994 bis 2008), so kommen noch gut u\$ 500 Mio. hinzu.

All dies ist in der Wertpapierkasse der Börse dokumentiert, und wurde am 5. Mai 2004 von den Journalisten Adrián Salbuchi und Enrique Romero, bei Mitwirkung von Juan Gabriel Labaké (ehemaliger justizialistischer Deputierter und unter Menem Botschafter) und Juan Carlos Iglesias als Anwälte vor Gericht angezeigt. Der zuständige Richter (Montenegro, jetzt Minister in der Provinz Buenos Aires) erklärte, es handle sich um einen Fall von Santa Cruz, für den die Bundesjustiz nicht zuständig sei, und sandte die Klage an ein Gericht in jener Provinz, wo der Richter sie als ungerechtfertigt erklärte und den Fall einstweilen beendete.

Der Betrag der Fonds wurde per Ende 2006 mit etwa u\$ 520

Mio. angegeben. Angeblich wurden u\$ 40 Mio. zur Zahlung von Gehaltszulagen an Provinzbeamte und Finanzierung öffentlicher Investitionen der Provinz eingesetzt. Es ist alles sehr verworren, wobei auf alle Fälle ein Betrag von zwischen u\$ 600 Mio. und einer Milliarde Dollar spurlos verschwunden ist. Bei öffentlichen Geldern, muss genau angegeben werden, wo das Geld deponiert wurde, welcher Betrag an Zinsen eingenommen wurde und welcher Zinssatz gezahlt wurde. Eine Differenz von 1% bei den Zinsen, die in eine andere Tasche gerät, macht sehr viel Geld aus.

Gelegentlich sind weitere Klagen vor Gericht über dieses Thema aufgekommen, die jedoch vom zuständigen Richter von Santa Cruz abgewiesen wurden. Es handelt sich hier wohl um den grössten finanziellen Skandal der argentinischen Geschichte, der gelegentlich doch aufgedeckt werden dürfte. Man kann den Schmutz nicht ewig unter den Teppich fegen.

Belo Horizonte. Die UIA Vertretung kommt auch mit der des Industrieverbandes des Gliedstaates Sao Paulo zusammen, um über die gegenseitigen Abkommen und den Gang der zuständigen Vereinbarungen zu sprechen. Die Industrievertreter beider Staaten stimmen über die Doha Runde überein, doch Brasilien will das Mercosur-EU Abkommen rascher vorantreiben.

Nach dem letzten Konjunkturbericht über die Milchwirtschaft des Argentinischen Verbandes der Regionalkonsortien für Landwirtschaftliche Versuche (Aacrea), wurden die grössten Selbstkostenzunahmen bei Unkrautvertilgungsmitteln festgestellt, die im Vorjahresvergleich um 42% teurer wurden. Nach ihnen kommt Kunstdünger, wie das PDA, dessen Kosten 41% zulegten. Saatgut wurde um 18% teurer, die Bodenbearbeitung um 14%. Dem Bericht zufolge kostete den Milchbauern im Vorjahr ein ha Weideland für seine Milchkühe im Durchschnitt \$ 581, in diesem Jahr seien es \$ 812. Diese 40%ige Kostenerhöhung bewirkt, dass die Zubereitung pro ha Weideland statt 977 Liter Milch jetzt 1.015 Liter kostet, d.h., dass die Preisanpassung für März 07, als für einen Liter Milch weniger als 60 Centavos gezahlt wurden, bis März 08, jetzt nicht mehr genügt, um die zugezogenen Selbstkosten zu decken.

Die Provinzjustiz von Chubut hat den Schutzrekurs gegen die Regierung des leitenden Mitgliedes der Radikalen Bürgerunion (UCR), H.

Solari Yrigoyen, und des Rechtsanwaltes D. Romero, zurück gewiesen, mit dem diese die Rechtmässigkeit eines Erdölvertrages der Provinz mit der Firma Pan American Energy in Frage stellten. Der Vertrag verlängert die Erschliessungs- und Förderungskonzession der Firma in 3.400 qkm des Cerro Dragón Gebietes im Golfo San Jorge Becken von ursprünglich bis 2017 auf jetzt 2027. Eine Klausel gestattet eine anschliessende Terminverlängerung bis 2047. Es ist die erste Terminverlängerung eines Konzessionsvertrages im Rahmen des Gesetzes 26.197, das im Januar 07 verabschiedet wurde, das die Oberhoheit über die Bodenschätze einer Provinz vom Staat auf diese überträgt. In dem Vertrag verpflichtet sich das Unternehmen, bis 2017 in Erschliessungen und Förderungen in dem Gebiet US\$ 2 Mrd. zu investieren, und weitere US\$ 1 Mrd. im Zeitraum 2018/27.

Einem Urteil des Obersten Gerichtshofes zufolge ist die Bank der Provinz Buenos Aires (Bapro) dem Staat gegenüber nicht MwSt-pflichtig. Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hatte die Bapro als für Anlagen und Darlehen rechtmässig MwSt-pflichtig erklärt, und dass, wenn man den Pakt von San José de Flores vom 11.11.1859 wörtlich umsetzen würde, die Gleichheit zwischen öffentlichen und privaten Finanzanstalten beeinträchtigt würde, desgleichen die Gleichheit zwischen den Provinzen. Auch habe die Verfassung von 1994 dem Verteilungsgesetz von Nationalsteuern Verfassungsrang gegeben, der

ebenfalls beeinträchtigt würde, wenn eine einzige Provinz ihren Beitrag nicht leiste. Der Oberste Gerichtshof entschied hingegen, dass der Pakt von San José de Flores im Paragraphen 121 der Nationalverfassung von 1994 erneut bestätigt wurde, und dass die Provinz die Unantastbarkeit ihrer Bank durch nationale Steuern nie aufgegeben hat.

In der Osterwoche haben die Einzelhandelsumsätze im Vorjahresvergleich um 20% zugenommen, wie der Fedecámaras Verband mitteilt. Die grössten Zunahmen gab es dem Bericht zufolge im Hotelgewerbe, Gaststättenbetrieben, Patisserie (Ostereiern, Schokoladen und Süssigkeiten), Unterhaltungen wie Vergnügungsparks usw.

Das Landwirtschaftssekretariat hat seine Schätzungen für kommende Ernten bekannt gegeben. Obwohl die Maisaussaat um 11,7% grösser als im Vorjahr ist, wird mit einer Ernte von 20,5 Mio. t gerechnet, um 12% weniger als im Vorjahr. Die Sojaaussaat ist mit 16,6 Mio. ha um 2,8% grösser als im Vorjahr, die Ernte würde 47 Mio. t betragen. Die Sonnenblumenenernte wird mit 4,6 Mio. t angegeben, die Weizenenernte mit 15,4 Mio. t.

Privaten Angaben zufolge wird die Märzteuerung über 3% betragen. Lebensmittel seien um 30% teurer als vor einem Jahr. Ausser dem Fehlen gewisser Nahrungsmittel durch die Krise, hätten sich die Zunahmen bei Fisch, Tourismus, Bekleidung und Schulzeug bemerkbar gemacht. Die

amtliche Teuerung würde knapp über 1,5% liegen.

Trotz der Forderung Boliviens, die ab 2010 verpflichteten Erdgaslieferungen umzuprogrammieren, führt die argentinische Regierung die Ausschreibungen für die Nordwestleitung weiter fort. Die Leitung soll mittelfristig gestatten, die Lieferungen aus Bolivien auf 27,7 Mio. cbm/Tag zu erhöhen. Über die staatliche Enarsa hat die Regierung die Leitungsrohre von Siat der Techintgruppe gekauft. Damit wurde ein mexikanischer Anbieter von dem US\$ 800 Mio. Geschäft ausgeschaltet. Die neue Erdgasleitung, war eine Techint-Initiative aus dem Jahr 2002. Sie wird 1.465 km lang sein und 20 Mio. cbm/Tag befördern. Nach längerem Tauziehen beschloss die Regierung Kirchner, das insgesamt US\$ 1,8 Mrd. Vorhaben von der staatlichen Enarsa umsetzen zu lassen.

Die von C. Belocoppit geführte Privatkrankenkasse SMG (Swiss Medical Group) hat 100% von Clínica Olivos und Clío Medicina Prepara übernommen. Beide hatten sich in Händen der chilenischen Vanmédica und Colmegna befunden. SMG übernimmt 6.500 Mitglieder, denen sämtliche Gesundheitsdienste geboten werden.

Der Andenförderungsverband CAF (Corporación Andina de Fomento) hat Argentinien ein US\$ 100 Mio. Darlehen gewährt. Mit ihm sollen vorwiegend Eisenbahnverbindun-

Die Finanzierung des Hochgeschwindigkeitszuges

Wirtschaftsminister Lousteau unterzeichnete am Mittwoch den Beschluss, der die Finanzierungsstruktur des Hochgeschwindigkeitszuges von Buenos Aires nach Rosario und Córdoba bestimmt. Sein Vorgänger, Miguel Peirano, hatte sich geweigert, diese Finanzierung zu genehmigen, und trat zurück. Lousteau hingegen hat sich dem Druck der Kirchners gebeugt und sich diesem unsinnigen Projekt bisher nicht widersetzt, das inzwischen von angesehenen Wirtschaftlern u.a. ohne Ausnahmen geharnischte Kritik erhalten hat, die man in folgenden Punkten zusammenfassen kann: das Projekt ist nicht prioritär, hat keinen vernünftigen Sinn, führt zu einer Erhöhung der Staatsschuld und zu einer Belastung der Staatskasse, da es hohe Subventionen erfordert, um Tarife möglich zu machen, die eventuelle Reisende zu zahlen bereit wären. Es wäre somit eine Subvention für den gehobenen Mittelstand.

Obwohl ursprünglich von u\$ 1,32 Mrd. die Rede war, wird die Investition jetzt auf u\$ 4 Mrd. veranschlagt. Die französische Bank Societe Generale, die ursprünglich das Projekt finanzieren sollte, ist jetzt zurückgetreten. Der Alstom-Konzern, dem das Projekt zugeteilt wurde, hat daraufhin die französische Bank Natixis (die viertgrößte in Frankreich) interessiert, die jetzt die Finanzierung des Projektes zur Verfügung stellen würde, wie es der Vertrag zwischen der argentinischen Regierung und Alstom bestimmt. Es wurde nicht geklärt, wie das Problem der Versicherung des politischen Risikos gelöst wurde, das für jede Bank in einem Fall wie diesem wesentlich ist.

Die französische Coface, die diese Versicherungen erteilt, kann sie nicht gewähren solange die Schuld Argentiniens gegenüber dem Pariser Klub (der auch Frankreich einschliesst) nicht geregelt ist. Hat die französische Regierung eine direkte Garantie versprochen? Oder hat die Coface eine rückwirkende Garantie versprochen, wenn der Fall mit dem Pariser Klub geregelt ist?

Binnen 10 Tagen ab letztem Mittwoch muss das Finanzierungsabkommen (mit Natixis) und der endgültige Werkvertrag (mit Alstom) unterzeichnet werden. Vorläufig wurde nur eine prinzipielle Einigung über den Vertrag als solchen erreicht. Es ist somit möglich, dass noch Schwierigkeiten auftauchen.

Der Kredit soll jetzt 100% der gesamten Investitionskosten decken; bei der Societe Generale waren es 80%. Er läuft auf 30 Jahre, mit 7 Jahren Karenzfrist und einem Zinssatz von 11% bis 12% in Dollar, gegen 5,2% bei der Societe Generale. Der Kredit von Natixis wird mit argentinischen Staatstiteln garantiert, die zusammen mit der Auszahlung des Kredites vergeben werden. Der Kredit wird parallel zur Durchführung des Projektes ausgezahlt, und die Staatstitel somit auch in diesem Rythmus vergeben. Diese Titel werden zwar in Argentinien ausgegeben, unterstehen jedoch der Gesetzgebung, die in New York und London gilt. Die Bank kann die Titel bis zum Verfall behalten, oder sie vorher verkaufen, voraussichtlich mit Abschlag.

gen mit Paraguay verbessert werden. Die Gesamtkosten sind mit US\$ 166 Mio. veranschlagt. Die fehlenden 40% werden vom argentinischen Staat aufgebracht. Ein argentinisch-paraguayisches Amt übernimmt die Durchführung. Sie sieht die Neulegung von 29 km Schienen zwischen beiden Staaten vor, die wegen der vorgesehenen Pegelerhöhung im Staudamm des Wasserkraftwerkes Yacuyetá notwendig wird. Die Verbindung zwischen den Grenzstädten Posadas und Encarnación soll wesentlich verbessert, die Arbeiten bis 2010 beendet werden. Der Kredit kommt zu einem vorherigen von US\$ 110 Mio. zur Verbesserung der Schienen um Posadas. Der CAF wird von 17 Staaten gebildet, die die Regionalentwicklung unterstützen.

Bei der Wechelausschreibung vom Dienstag hat die ZB \$ 1 Mrd. angeboten und \$ 1,003 Mrd. unter-

gebracht. Die Fälligkeiten hatten \$ 2,6 Mrd. betragen. Lebac Zinsen blieben unverändert, 10,84% auf 154 Tage, 10,92% auf 182 Tage, 11% auf 217 Tage und 11,07% auf 245 Tage. Nobac mit Badlaranpassung zahlten auf 1 Jahr 1,21% über Badlar statt bisher 1,28%, auf 2 Jahre 2,2% und auf 3 Jahre 2,51%.

Der Bürgermeister von La Plata forderte vom Energieüberwachungsamt Enre, dass es den Konzessionsvertrag für die Stromverteilung durch Edelap rückgängig mache. Grund seien die wiederholten Strom- und Trinkwasserausfälle durch Unwetter und Hagel. Edelap erklärte, dass 99% der Unwetterschäden bereits behoben seien. 24 Stunden nach den Ausfällen waren nach Aussagen von Edelap 50% der Schäden behoben und 48 Stunden später bereits 94%.

Industrieproduktion im Februar um 5,9% über Vorjahr

Der Index der Industrieproduktion des Statistischen Amtes (INDEC), benannt EMI („Estimador Mensual Industrial“), der eine Schätzung auf Grund kurzfristig verfügbarer Daten ist, die sich hauptsächlich auf industrielle Commodities beziehen, weist im Februar eine interanuelle Zunahme von 5,9% aus, gegen 12,6% im Januar und 9,9% im Dezember. Die Industrieproduktion hat somit im Februar gegenüber Januar um 1,9% abgenommen. Im 1. Bimester betrug die Zunahme gegenüber der gleichen Vorjahresperiode 9%. In diesem Fall wird empfohlen die Bimesterzahl zu berücksichtigen, weil die Ferien gelegentlich von Januar auf Februar, und umgekehrt, verlegt werden, was Monatszahlen verzerrt.

Im Einzelnen lagen die interanuellen Veränderungen im 1. Bimester wie folgt:

Branche	in Prozenten
Kfz	42,4
Metallprodukte	17,7
Zigaretten u.a. Tabakwaren	15,8
Textilien	7,0
Nahrungsmittel u. Getränke	6,9
Baumaterialien	6,8
Chemikalien	6,5
Kautschuk und Kunststoffe	4,1
Metallverarbeitung (ohne Kfz)	3,3
Druckereiprodukte	3,2
Erdöl derivative	1,3
Papier und Pappe	-1,6

Ohne die Fabrikation von Automobilen, Lastwagen u.dgl. wäre die Zunahme viel bescheidener ausgefallen, wobei sich diese ausserordentlich hohe Zunahme auch auf die Metallindustrie u.a. Industrien auswirkt, die als Zulieferanten auftreten. Die Zunahme bei der Zigarettenproduktion ist nicht positiv zu bewerten, da dies darauf hinweist, dass mehr geraucht wird. Der Rückgang bei Papier und Pappe ist nicht einfach zu erklären. Die geringe Zunahme der Erdölraffinerien ist eine Folge der Tatsache, dass diese an der Kapazitätsgrenze tätig sind und eine Erweiterung dringend notwendig ist, um zu vermeiden, dass Rohöl exportiert und Dieseltreibstoff importiert wird, was unnötige Transportkosten mit sich bringt, wobei auch der Zusatzwert der Industrie verloren geht. Die Regierung hat ein Projekt einer neuen Raffinerie für u\$ 2 Mrd. angekündigt, das jedoch stecken geblieben ist, weil sich niemand bereit findet, diese Investition ganz oder zum Teil zu übernehmen, da die Bedingungen nicht gegeben sind. Die Raffinerien verlieren gegenwärtig bei Lieferungen an den Binnenmarkt Geld; bestenfalls decken sie knapp ihre Kosten, ohne Abschreibungen auf Wiederbeschaffungswerte zu berücksichtigen, wie sie bei einer neuen Raffinerie in Erscheinung treten würden.

07 wurden 37,2 Mio. cbm Erdöl gefördert. Das waren um 2,6% weniger als 06. Damit ist die Erdölförderung durch 6 Jahre in Folge stetig zurück gegangen. Gegenüber dem Rekordjahr 1998 wurde um 24,3% weniger gefördert, wie das Statistikamt Indec bekanntgab. 07 mussten deshalb Erdölprodukte für beinahe US\$ 3 Mrd. eingeführt werden, um 64% mehr als 2006.

Die Abschlüsse von Lebens- und Ruhestandsversicherungen haben im 4. Quartal 07 im Vorjahresvergleich um 26% zugenommen. Davon legten Ruhestandsversicherungen um 35% zu, Lebensversicherungen um 22%, wie Avira (Asociación de Aseguradoras de Vida y Retiro de la Republica Argentina) bekannt gab. Der Quartalsumsatz betrug \$ 1,89 Mrd., davon rd. 68% durch Lebensversicherungen.

Die ZB Devisenreserven brachten 07 US\$ 2,31 Mrd. ein. Das sei ein Rekordjahresergebnis von 7,1%, das um 200 Basispunkte über dem des Vorjahres liegt. US\$ 1,62 Mrd. ergaben sich aus Anlagen in Bonds und Fristeinlagen, US\$ 686 Mio. durch Kursgewinne.

Die Winzergruppe Peñaflor, die dem US-Investmentfonds DLJ gehört, hat in der Provinz San Juan, im Pedernal-Tal, rd. 100 km südwestlich von San Juan Stadt, 100 ha Anbaugrund gekauft. Dort soll mit US\$ 15 Mio. Investition eine Weinkellerei eingerichtet werden.

Durch die gemeinsamen Beschlüsse 55/08 des Schatzamtes und 14/08 des Finanzsekretariates hat die Wirtschaftsführung bei dem staatlichen Sozialwerk Anses interne Schatzscheine für \$ 500 Mio. untergebracht (Amtsblatt vom

Lousteau dixit

Wirtschaftsminister Martín Lousteau nahm am Mittwoch Stellung zur Kritik der Landwirte, und wies dabei auf folgendes hin:

Es besteht überhaupt kein Grund, der auf die Notwendigkeit hinweist, das Steuersystem zu ändern, das die Wut der Landwirte ausgelöst hat.

Die angekündigten Massnahmen sind ein wirksames Instrument, um die lokalen Preise von Nahrungsmitteln von den internationalen abzukoppeln.

Diejenigen, die sich an den Kundgebungen und dem Streik beteiligen, haben die Regierung nicht gewählt und widersetzen sich einer Umverteilung des Einkommens. Die „Coalición Cívica“ (geleitet von Elisa Carrió), die unentwegt von Umverteilung des Einkommens spricht, unterstützt ein Schema ohne Exportzölle, das dazu führen würde, dass weitgehende Bereiche der Bevölkerung sich einfach nicht ernähren könnten.

Ohne Exportzölle und Subventionen würde das Kilogramm „asado“ \$ 20 kosten, das Brot wäre um \$ 2 teurer, Milch würde \$ 3,50 je Liter kosten, eine Flasche von drei Vierteln Liter Speiseöl würde \$ 12 kosten. Dies muss berücksichtigt werden, weil diese Preise im Rest der Welt bezahlt werden.

Jeder Punkt um den der Korb der Grundnahrungsmittel im Preis steigt, bedeutet, dass weitere 150.000 Personen unter die Armutsgrenze und 30.000 mehr unter die Elendsgrenze kommen.

Die Nahrungsmittelpreise sind weltweit die höchsten seit 1845. Russland hat Höchstpreise und Exportsteuern von bis zu 40%; China hat ebenfalls Höchstpreise, will Importbeschränkungen aufheben und beschränkt den Export.

Zwei Ankündigungen wurden nicht beachtet: einmal der Düngungsplan, der dazu bestimmt ist, dass mehr gedüngt wird, vor allem was kleine Landwirte betrifft. (Wie und in welchem Umfang die einzelnen Düngemittel subventioniert werden sollen, wurde jedoch nicht mitgeteilt). Die zweite bezieht sich auf die Tatsache, dass die Landwirte bei der nächsten Ernte den vollen Preis für Weizen erhalten. (Dies bezieht sich auf den Umstand, dass wegen Exportverbot der interne Preis letztes Jahr, bis jetzt, unter der Parität mit dem internationalen, minus Exportzölle, Exportkosten und Frachten, lag)

Diejenigen, die 500 ha Land besitzen, erhalten eine Rente von einer Million Pesos, wenn sie das Land verpachten. (Das bezieht sich jedoch nur auf gute Gegenden)

Wie verlautet, studiert das Wirtschaftsministerium Massnahmen, um kleinen Landwirten zu helfen, wie Kredite mit subventionierten Zinsen, Verringerung der Frachten (für diejenigen Landwirte, die weit entfernt von Buenos Aires liegen) und Preiskontrollen von Produkten, die die Landwirte beziehen.

26.3.08). Sie werden am 18.3.09 fällig. Die Zinsen werden auf Jahresbasis halbjährlich bezahlt, nach dem amtlichen Satz der Banco de la Nación auf 180 Tage plus einem Spread von 35 Basispunkten. Die erste Zinszahlung von 8,35% wird am 18.9.08 fällig.

Die Regierung hat die Streitkräfte angewiesen, Rinder aus ihren Ländereien auf den Markt von Liniers zu schicken, um den Angebotsausfall teilweise auszugleichen, der als Folge des Streiks der Landwirte eingetreten ist. Es wurde geschätzt, dass bis zu 10.000 Rinder angeboten werden können. Dabei werden jedoch auch Rinder vorzeitig verkauft, die ein zu geringes Gewicht haben, so dass hier Fleischproduktion verloren geht. Die Streitkräfte besitzen mehrere Landgüter (in Bahía Blanca, Tandil, Entre Ríos, Chaco u.a. Provinzen), auf denen sie Rinder züchten, Pferde halten und auch Getreide und Ölsaaten anbauen. All das hat nichts mit der Funktion der Streitkräfte zu tun. Diese Ländereien sollten verkauft werden, wobei

gegenwärtig hohe Preise erzielt werden könnten. Mit dem Erlös könnten die Streitkräfte u.a. mit modernen Waffen ausgestattet werden.

Von der Zunahme der Exporte vom Februar, die gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat 45% betrug, entfielen 31% auf Preiszunahmen und 11% auf Mengenzunahmen. Bei den Importen, die um 51% zunahmen, entfallen nur 10% auf höhere Preise, während 37% auf grössere Mengen zurückzuführen sind.

Von den Exporten des ersten Bimesters entfielen 25% auf den Mercosur, 18% auf die EU, 11% auf China, Indien u.a. asiatische Staaten, und ebenfalls 11% auf die Nafta-Staaten. Von den Importen entfielen 38% auf den Mercosur, 19% auf asiatische Staaten, 18% auf die Nafta und 17% auf die EU.

Das INDEC berichtet, dass die Umsätze der Supermärkte im Februar im Verhältnis zum gleichen

Unmittelbare Erhöhung der Luftfahrttarife

Wie aus guter Quelle bekannt wurde, hat die Regierung schliesslich die Entscheidung getroffen, die Tarife für die Binnenluftfahrt in Kürze um bis zu 40% zu erhöhen. Auch so sind sie immer noch niedrig, bedenkt man, dass sie (stets in Pesos) seit 2001 nur im Oktober um 20% erhöht wurden, obwohl der Treibstoff in dieser Periode um 936% teurer wurde (wegen der Erdölhaube und der Abwertung), und Löhne und Gehälter um 316% gestiegen sind, und auch Ersatzteile u.a. Kosten als Folge der Abwertung in Pesos entsprechend teurer wurden. Im internationalen Vergleich sind die Tarife absurd niedrig: laut einer Studie von „American Express Business Travel Monitor“ liegt der argentinische Tarif bei durchschnittlich u\$ 0,48 pro Meile, gegen u\$ 1,20 als Durchschnitt von Lateinamerika und der Karibik. Bei Flügen nach Patagonien ist die Differenz noch krasser: ein Flug von Buenos Aires nach Ushuaia (2.379 km) kostet u\$ 114, während ein Flug von Sao Paulo nach Fortaleza (2.334 km) mit der Billigfluglinie Gol u\$ 687 kostet, also 514% mehr.

Das Ergebnis dieser Politik war eine drastische Verringerung der Flüge, wobei die Flugzeuge jetzt meistens voll besetzt sind, was niedrigere Kosten pro Passagier mit sich bringt. Vor 10 Jahren (1998) bedienten 89 Flugzeuge den internen Markt, während es jetzt nur 51 sind. Die Zahl der Plätze ist um 41% zurückgegangen, und von 18 Flügen pro 100 Einwohner pro Jahr verblieben jetzt noch 14, obwohl das Bruttoinlandsprodukt um etwa 30% gestiegen ist. 1998 verfügten Aerolineas Argentinas und Austral über 41 Flugzeuge, gleichviel, wie sie die-

ses Jahr haben. Damals kamen noch 24 Flugzeuge von LAPA, 8 von Southern Winds, 7 von LAER und 9 von American Falcon u.a. hinzu, die inzwischen aufgegeben haben. Wenn keine Lösung getroffen wird, besteht die Gefahr, dass auch Aerolineas Argentinas und Austral aufgeben.

Mit der Tarifierhöhung reicht es jedoch nicht, um den Verlust zu überwinden, den Aerolineas und Austral erleiden. Somit soll auch eine Subvention für den Treibstoff eingeführt werden, und ausserdem wird an Steuervergünstigungen gedacht, besonders der Erlass der MwSt. bei Käufen von Flugzeugen. Über das Arbeits- und Gewerkschaftsproblem verlautete bisher nichts. Denn einmal ist die Zahl der Beamten pro Flugzeug überhöht, und dann bestehen sieben Gewerkschaften, wobei es genügt, dass eine streikt, damit der Flugverkehr unterbrochen wird. Die Gewerkschaften müssen vereinheitlicht werden, zumindest bei Streikerklärungen, wobei diese auch reglementiert werden müssen, um wilde Streiks, ohne Vorankündigung, zu vermeiden, die in letzter Zeit sehr häufig waren.

Aerolineas wurde 1991 an die spanische Iberia übergeben, die dabei hohe Verluste erlitt und die Gesellschaft an ein staatliches Institut abgab, das das Unternehmen nachher an die Marsans-Gruppe abtrat, die jedoch nicht bereit ist, Verluste weiter als Normalzustand zu ertragen. Auch wenn sich lokale Interessenten fänden, so bestimmt nur unter der Voraussetzung, dass das Unternehmen rentabel ist. Es wäre jedoch ein Skandal, wenn die Bedingungen, um Aerolineas lebensfähig zu gestalten, nach der Übernahme (durch Freunde Kirchners?) stattfinden würde.

Vorjahresmonat preisbereinigt (also in Mengen) um 26,9% gestiegen sind, und zu laufenden Werten um 39,8%, bei einer Preiszunahme von 8,9%.

Laut INDEC lagen die Umsätze bei den Shopping Centres im Februar preisbereinigt um 15,2%, und zu laufenden Preisen um 27,9% über Februar 07.

Die US-Informatikfirma „Electronic Data Systems (EDS)“ hat am Donnerstag ihren dritten Betrieb in Argentinien (den zweiten in der Bundeshauptstadt) eingeweiht. Insgesamt zählt das Unternehmen in Argentinien mit 2.300 Angestellten. Das Geschäft der informatischen Dienstleistungen, die zuneh-

mend von allerlei Unternehmen eingesetzt und an Dritte vergeben werden, erlebt in Argentinien einen starken Aufschwung, von dem Firmen wie EADS, Microsoft, die lokale ASSA und mehrere andere profitieren.

Die italienische Regierung hat von den EU-Behörden eine Verringerung der Hilton-Rindfleischquote Argentinien gefordert, weil dieses Land die verpflichteten Lieferungen nicht erfüllt, so dass sich Italien nach zuverlässigeren Lieferanten umsehen will.

Der „lock out“ der Landwirte hat zu einer spürbaren Störung der Schifffahrt und der Häfen geführt, wo Schiffe kein Getreide laden können. Daraufhin haben die Hafenbehörden

den bestimmt, dass Schiffe, die kein Getreide laden, nicht in den Häfen anlegen dürfen, da sie diese verstopfen und anderen Schiffen die normale Tätigkeit unterbinden.

Der Beitrag für das Sozialwerk, der bei der Beschäftigung von Hausangestellten gezahlt werden muss,

wurde ab Mai von \$ 24,44 auf \$ 37 monatlich erhöht.

Die israelische Electra (kontrolliert von der Elco-Gruppe) wird in einem Monat einen Betrieb in Feuerland eröffnen, der eine Investition von u\$ 10 Mio. darstellt. Bisher hat die Firma nur importiert.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Argentinien und die Finanzkrise der USA

Die tiefe Krise, die das private finanzielle System der Vereinigten Staaten wegen Hypothekarkrediten erlebt, die nicht bedient werden können, weitet sich immer mehr aus. Die Banken haben seit Jahren die Bildung von Fonds gefördert, die ihr Geld in Hypotheken u.a. Krediten, oder in Beteiligungen an anderen Fonds, anlegen. Auf diese Weise haften die Banken nicht bei Verlusten, und umgehen die strengen Regelungen, die sie bei ihrer eigenen Kreditgewährung beachten müssen. Wenn etwas bei einem Fonds schief geht, dann sinkt der Wert der Anteilscheine, die unter dem Pulbikum untergebracht wurden, mit dem Anreiz, dass die Sparer dabei höhere Zinsen erhalten als bei normalen Bankdepositen oder Schatzbonds („Treasuries“). Die Käufer der Anteilscheine an diesen Fonds nehmen an, dass die Banken strikte Regeln bei der Kreditgewährung anwenden. Das stimmt jedoch offensichtlich nicht.

Die Hypotheken wurden zu leichtfertig gewährt, oft bei Überbewertung der Immobilien und dabei zu fast 100%, wobei auch die Zahlungsfähigkeit der Käufer nicht berücksichtigt wurde. Die Verträge sahen veränderliche Zinsen vor; und als diese stiegen, nahm der Betrag der Quoten entsprechend zu, womit viele Schuldner finanziell überfordert waren. Dass so etwas in Einzelfällen vorkommt, ist normal; aber dieses Mal handelt es sich um ein Massenphänomen.

Die Federal Reserve versucht, dem Problem durch Senkung des Leitzinssatzes und Lockerung der Kreditnormen zu lösen, die für Handelsbanken gelten, wobei Investitionsbanken und Börsenmakler ab 16. März auch direkt Mittel von der Fed erhalten können, bei Erweiterung der Garantiemöglichkeiten. Das ist ein klares Signal, dass die Fed nicht passiv zuschaut, sondern Banken und Finanzanstalten anderer Art stützt, damit sie eine Liquiditätskrise überstehen

können, so dass die Depositeninhaber beruhigt werden und ein massiver Ansturm auf die Banken, um Depositen abzuheben, verhindert wird. Doch inzwischen hat sich ein tiefes Misstrauen breit gemacht, sowohl was die Sparer betrifft, wie auch unter Banken, was kurzfristige u.a. Geschäfte unter ihnen hemmt, die normalerweise dazu beitragen, die Funktionsfähigkeit des Systems zu erhalten. Was man vermisst, ist die Notwendigkeit, die Bestimmungen und Kontrollen der Kreditgewährung durch Banken und Treuhandfonds zu durchdenken. Denn nicht nur die Banken und die Verwalter der Fonds haben versagt, sondern auch die staatlichen Kontrollstellen und die privaten Buchprüfer.

Gelingt es der Fed, das verlorene Vertrauen wieder herbeizuführen, dann wird sie das viele Geld, das sie in das System gepumpt hat, in kurzer Zeit zurück erhalten, und die Krise wäre dann im Prinzip überwunden. Allein, Wirtschaft ist nicht nur Logik und Mathematik, sondern auch Psychologie und Verhaltensweisen. Der Mensch ist unberechenbar, so dass man nicht weiss, ob die Fed-Politik dahingehend interpretiert wird, dass sie die Krise im Griff hat und dieses somit nicht weitergeht, oder ob die Haltung der Fed noch mehr Misstrauen einflösst. Man weiss nicht, wie weit ein Domino-Effekt gehen kann.

Hat die Fed jedoch keinen oder nur einen teilweisen Erfolg, wirkt diese Politik inflationär. Die Inflation wird in den USA schon durch die Commodity-Hausse, besonders von Lebensmitteln und Energie, geschürt, aber auch durch das Haushaltsdefizit und die Abwertung des Dollar zum Euro u.a. Währungen. Wenn dies noch von monetärer Expansion begleitet wird, steht höheren Inflationsraten nichts mehr im Wege. Mit Inflation kann zwar eine unmittelbare Rezession vermieden oder gemildert werden; aber sie kommt dann später verstärkt in Erscheinung. Für Argentinien bedeutet Dollar-

inflation eine Verwässerung der Staatsschuld, die zum grossen Teil in Dollarpapieren besteht. Aber auch die Währungsreserven verwässern sich aus dem gleichen Grund, so dass der Saldo, in der einen oder anderen Richtung, nicht sehr bedeutend ist. Hätte Argentinien bei der Umschuldung mehr Dollarpapiere und weniger Pesopapiere mit CER-Berichtigung gewährt, würde das Land mehr von der Aushöhlung des Dollars profitieren.

Argentinien wird direkt nicht von der Krise betroffen. Die Kredite von US-Banken an Argentinien sind zum grössten Teil mit dem Aussenhandel verbunden, und haben somit nichts mit dem Hypothekenproblem zu tun. Die argentinischen Staatspapiere werden auch kaum von der Krise beeinflusst, da sie mit Argentinien und nicht mit den USA zusammenhängen. Argentinien hat kaum Zugang zum internationalen Kredit- und Kapitalmarkt, so dass dessen Lage keine Bedeutung hat.

Doch in einem Punkt hat die Krise auch die argentinische Wirtschaft betroffen. Als Randerscheinung fielen die Commodity-Preise in der Vorwoche drastisch, was für Argentinien weniger Exporteinnahmen bedeutet. Inhaber von Fonds-Anteilen, die in Commodities investieren und dabei auf ein Andauern der Hausse setzen, mussten verkaufen, um Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus der Hypothekenkrise ergaben. Diese rein spekulativen Fonds mussten somit plötzlich Commodities in höherem Umfang verkaufen. Das dürfte jedoch ein vorübergehendes Phänomen sein; denn die Hausse hat strukturelle Gründe, nämlich die hohe Nachfrage von China und Indien, und auch sonst auf der Welt, bei ungenügendem Angebot. Bei Getreide und Ölsaaten sind die Lagerbestände auf ein Minimum gesunken, und werden in einigen Fällen noch weiter sinken, weil dieses Jahr die Nachfrage das Angebot übersteigt. Die Commodity-Preise bleiben hoch, auch wenn etwas weniger, als es bis vor einigen Wochen der Fall war. Es sei denn, es kommt zu einer weltweiten Krise, die auch die asiatischen Länder mitreisst und somit die Nachfrage nach Commodities drastisch senkt. Das kann man nicht ausschliessen, ist jedoch unwahrscheinlich.

Der Umstand, dass Argentinien nur minimal von der US-Finanzkrise betroffen wird, bietet eine Chance für das Land. In den

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

USA u.a. hochentwickelten Staaten sind die Aktiven nicht nur im Fall der Immobilien überbewertet, sondern allgemein. Die Aktienkurse sind im Verhältnis zu den normalerweise zu erwartenden Gewinnen einfach zu hoch. In den USA wird oft auf das Verhalten bestimmter Aktien in der unmittelbaren Vergangenheit hingewiesen („past performance“), was als Argument verwendet wird, um neue Käufer anzuziehen. Dabei ist es logischerweise genau umgekehrt: wenn eine Aktie stark gestiegen ist, sollte sie nicht mehr so stark steigen, oder sogar abnehmen. Der ehemalige Fed-Vorsitzende Alan Greenspan sprach vor einem Jahrzehnt von einer irrationalen Übertreibung der Börsenhäusse („irrational exuberance“), und der Wirtschaftler Robert Shiller schrieb daraufhin ein Buch mit diesem Titel, in dem er den hohen Grad an Irrationalität der US-Aktienmärkte schildert und eingehend untersucht. Seither sind die Kurse allgemein noch weiter gestiegen. Die Finanzwelt hat offensichtlich weder Greenspan noch Shiller verstanden. Doch bei einer Krisensituation wie die gegenwärtige besinnen sich viele Anleger und kommen zum Schluss, dass ihre Anlagen doch nicht so gut und sicher sind, wie sie angenommen haben. Der Fall Bear Stearns dürfte mehr als einem die Angst in die Knochen gejagt haben.

In Argentinien bestehen viele Möglichkeiten für Investitionen, bei denen die Gefahr der Überbewertung nicht vorhanden ist. Gewiss sind die Preise für Ländereien in der guten Pampa-Gegend in den letzten Jahren derart in die Höhe geschossen, dass man hier auch von irrationaler Übertreibung reden kann. Denn die zu erwartenden Renditen rechtfertigen Hektarenpreise von u\$ 10.000 und mehr auch in den besten Gegenden nicht. Aber es gibt viele andere Anlagemöglichkeiten.

Das Hindernis besteht in der hohen juristischen Unsicherheit,

die jeder Investition ein zusätzliches Risiko hinzufügt. Lokale Unternehmer müssen es eben verstehen, in konkreten Fällen die Empfindung dieses Risikos zu verringern. Denn das Risiko der juristischen Willkür ist von Fall zu Fall sehr unterschiedlich. Man muss auf alle Fälle Investitionen und Unternehmen und Branchen wählen, deren Tätigkeit politisch nicht konfliktiv ist. So ist es Eduardo Elztain, der das Immobilienunternehmen IRSA und das Landwirtschaftsunternehmen Cresud kontrolliert, in der Vorwoche gelungen, Aktien im Wert von u\$ 288 Mio. in den USA ohne die geringsten Schwierigkeiten unterzubringen. Dabei hat sein guter Name gewiss eine Rolle gespielt, eventuell auch seine Verbindungen zur jüdischen Gemeinschaft.

Aber im Wesen geht es darum,

Die stillen Reserven im Ausland

Die Zentralbank berichtet, dass das Auslandsvermögen von physischen Personen, die in Argentinien wohnhaft sind, und von lokalen Unternehmen, per Ende 2007 u\$ 120,70 Mrd. betrug, was u\$ 9,74 Mrd. mehr als die u\$ 110,97 Mrd. des Vorjahres darstellt. Es handelt sich um Depositen in Banken, Wertpapiere (Staatstitel, hauptsächlich „Treasuries“ der USA, Aktien u.a.), Immobilien (besonders in Punta del Este), und Beteiligungen an Unternehmen. Dann muss man noch die lokalen Guthaben in Dollar, Euros u.a. Devisen hinzurechnen, die entweder bei Banken in Safes deponiert oder zu Hause aufbewahrt werden. Wirtschaftlich hat dies die gleiche Bedeutung, wie Guthaben im Ausland.

Es handelt sich hier um einen hohen Betrag, der vor Jahren vom der US-Fed auf etwa u\$ 40 Mrd. geschätzt wurde. Würden diese Banknoten bei lokalen Banken deponiert werden, hätten sie eine andere wirtschaftliche Bedeutung, da die Banken dann auf dieser Basis Kredite erteilen könnten. In den 90er Jahren, als neben der Konvertibilität auch ein bimonetäres System eingeführt wurde, wurde ein zunehmender Teil dieser gehorteten Dollarnoten in Banken deponiert. Das wurde jedoch mit einem Schlag mit der Pesifizierung von Anfang 2002 zerstört. Es gibt zwar jetzt Dollardepositen, doch in geringem Umfang. Abgesehen von der Vertrauensfrage, sind die Zinsen sehr niedrig (etwa 2% pro Jahr), weil die Banken diese Mittel nur beschränkt einsetzen können, nämlich nur zur direkten Finanzierung von Aussenhandelsgeschäf-

ten. Hypothekarkredite u.a., die früher auch in Dollar gewährt wurden, sind jetzt nicht zugelassen. Dabei ergibt sich die paradoxe Lage, dass eine Bank mit Sitz im Ausland einen Dollarkredit an ein lokales Unternehmen, oder eine physische Person, für irgendwelche Zwecke gewähren kann, aber eine lokale Bank nicht. Die Kreditkapazität der Banken könnte erhöht werden, indem ihnen die Möglichkeiten gewährt würde, intern Dollarkredite zu gewähren. Dann würden die Banken höhere Zinsen für Dollardepositen zahlen, und mehr Geld anziehen. Die Alternative besteht nicht zwischen Dollarkrediten und Pesokrediten, sondern zwischen Dollarkrediten und gar nichts. Vor allem bei langfristigen Krediten sind solche in Dollar eine Lösung, wobei plötzliche Abwertungen, wie die von 2002, dabei keine unmittelbare katastrophale Wirkung haben, wie bei kurzfristigen Krediten.

Wenn wir davon ausgehen, dass die ZB-Zahl über private Auslands Guthaben stimmt, ist sie fast gleich hoch wie die gesamte öffentliche und private Auslandsschuld (nicht zu verwechseln mit der Staatschuld!), die die ZB mit u\$ 123,20 Mrd. angibt. Und wenn man noch die u\$ 50 Mrd. berücksichtigt, die die ZB als Gold- und Devisenreserve hält, ergibt sich per Saldo ein hoher Überschuss. Bei den Guthaben, die effektiv im Ausland bestehen, handelt es sich um einen grossen Teil um schwarze Guthaben, die man somit nicht den Schulden gegenüberstellen kann. Es sind eben stille Reserven, die erst in Erscheinung treten müssen, um be-

rücksichtigt werden zu können. Wie bei einer Bilanz!

Die ZB berechnet dieses Vermögen im Ausland als Differenz, die bei den verschiedenen ermittelten Posten der Zahlungsbilanz übrig bleibt. In Wirklichkeit stimmt diese Zahl nicht, da ein Teil dieser Guthaben für Reisen und, vor allem, zur Zahlung von Differenzen bei unterfakturierten Importen, verwendet wird, die die ZB nicht registriert und die im Laufe der Jahre mehrere Milliarden Dollar ausmachen. Ebenfalls weiss man nicht, welchen Betrag diese Auslandsguthaben an Zinsen und eventuellen Wertzuwachsen (bei Immobilien, Wertpapieren und Guthaben in Euros u.a. Währungen, die sich gegenüber dem Dollar aufgewertet haben) eingebracht haben, wobei es hier auch Verluste geben kann, und in den letzten Monaten bestimmt gab.

Die Zunahme der von der ZB angegebenen Auslandsvermögen von einem Jahr zum anderen sollte gleich dem Nettobetrag der Kapitalflucht sein. Diese wäre somit mit u\$ 9,74 Mrd. höher als die direkten Auslandsinvestitionen, die 2007 von der ZB mit u\$ 5,72 Mrd. angegeben werden. Auf der einen Seite schicken die Argentinier ihre Ersparnisse ins Ausland, und auf der anderen Seite investieren ausländische Unternehmen in Argentinien. Das führt zu einem ständigen Vordringen der Auslandsunternehmen.

Das private argentinische Auslandsvermögen kann nicht in Argentinien eingesetzt werden, eben weil es zum grossen Teil schwarz ist, so dass das Steueramt den Vermögenszuwachs als Gewinn betrachtet und dementsprechend (mit 35%) versteuern würde, wobei noch Zinsen und Bussen hinzukämen. Es bedarf also einer Weisswaschung. Allein, ein massiver Zufluss von Geldern im Ausland nach Argentinien würde den bestehenden Zahlungsbilanzüberschuss, den die ZB aufkauft, noch erhöhen und somit ein monetäres Problem schaffen. Was jedoch unmittelbar getan werden könnte, ist eine Genehmigung, um diese Mittel zur Finanzierung von Kapitalgüterimporten einzusetzen. Das gab es schon Anfang der 50er Jahre, als „Kapitalgüterimporte ohne Verwendung von Devisen“ gestattet wurden. Ebenfalls könnte gestattet werden, dieses Vermögen zur Schuldzahlung einzusetzen, was die Zahlungsbilanz nicht beeinflusst und gelegentlich Geschäfte bereinigen würde, die als „back to back“ bezeichnet werden,

LANXESS
Energizing Chemistry

La química mueve el mundo.
LANXESS mueve la química.

www.lanxess.com

bei denen Kredite an lokale Unternehmen gegen Hinterlegung der entsprechenden Fonds gewährt werden. Auf alle Fälle ist nicht zu erwarten, dass auch bei einer weitgehenden Legalisierung sehr viel Geld ins Land kommt. Es besteht ein tiefes und gut begründetes Misstrauen, das ständig durch neue Verletzungen der Rechtsordnung durch die Regierung geschürt wird. Ausserdem werden die Guthaben, die in Immobilien und Beteiligungen an Unternehmen, sowie in Arbeitskapital von lokalen Aussenhandelsunternehmen bestehen, nicht liquidiert, auch wenn kein Hindernis bestünde. Man muss sich somit keine Sorgen machen, dass mehr Gelder zurückkehren, als die Zahlungsbilanz verkräften kann. Aber bei einer allgemeinen Weisswaschung treten viele dieser Aktiven dann offen auf, so dass sie bei Beurteilung der finanziellen Lage des Landes berücksichtigt werden.

In der Vergangenheit wurden Auslands Guthaben gelegentlich über Investment-Fonds oder Finanzunternehmen in Steuerparadiesen (Bahamas, Virgin Islands und auch Uruguay u.a., wo nicht nach dem Ursprung der Gelder gefragt wird) nach Argentinien geschleust. Das ist jedoch seit einigen Jahren gefährlich geworden, nachdem die Justizinspektion, die Aktiengesellschaften u.a. kontrolliert, die Angabe der Namen der Aktionäre der Gesellschaften im Ausland, und der Inhaber von Anteilen an Investment-Fonds, fordert. Wenn es sich um Personen handelt, die in Argentinien wohnhaft sind, wird das Steueramt dieses Vermögen als Gewinn besteuern. Somit wird auch diese Möglichkeit, Auslandsvermögen zurück zu bringen, verschlossen. Bei Weisswaschung können auch diese Fälle gelöst werden, wobei der Fiskus auf alle Fälle verdient, weil legalisierte Kapitalien von der Steuer auf persönliches Vermögen erfasst werden.